

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

151. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 20. Januar 2005

Inhalt:

...

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags: Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen (Tagesordnungspunkt 24 g)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD)

14230 A

Ulrich Adam (CDU/CSU)

14231 B

*Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)*

14234 C

Günther Friedrich Nolting (FDP)

...

(A)

(C)

151. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 20. Januar 2005

Beginn: 8.30 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

...

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden

(B) **zur Beratung des Antrags: Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen (Tagesordnungspunkt 24 g)**

...

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gestern stellte das Bundesverwaltungsgericht fest: Die gegenwärtige Einberufungspraxis von Wehrpflichtigen zur Bundeswehr sei rechtmäßig, und nicht willkürlich. Solange Wehrdienstausnahmen auf gesetzlicher Grundlage erfolgten, sei das Gebot der Wehrgerechtigkeit nicht verletzt.

Das ändert aber nichts daran, dass inzwischen weniger als jeder fünfte junge Mann eines Jahrgangs nur noch Wehrdienst leistet. Damit ist die reale Wehrpflicht offenkundig ganz und gar keine „gleich belastende Pflicht“ mehr, wie sie es laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sein müsste.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat in Sachen Wehrpflicht kaum mehr Klarheit geschaffen. Gut daran ist: Die Politik, wir Abgeordnete selbst bleiben in der Pflicht, die künftige Wehrform klar zu bestimmen.

Der heute eingebrachte FDP-Antrag greift das am 8. November von uns bündnisgrünen Au-

ßen- und Sicherheitspolitikern vorgelegte Positionspapier „Den Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen“ auf und übernimmt wortgleich unsere Forderung, die Allgemeine Wehrpflicht auszusetzen, „stattdessen einen freiwilligen und flexiblen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einzuführen und den Übergang zur Freiwilligenarmee effizient bündniskompatibel, friedensfördernd, demokratisch und sozial verträglich zu gestalten“.

Seit Jahren währt die Auseinandersetzung um das Für und Wider der Wehrpflicht. Mit der Orientierung der Bundeswehr auf multilaterale Krisenbewältigung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen ist die zentrale sicherheitspolitische Legitimation der Wehrpflicht und des mit ihr einhergehenden Grundrechtseingriffs entfallen. Die offenkundige und weiter zunehmende Wehrgerechtheit zersetzt die Akzeptanz den Wehrpflicht gerade bei den betroffenen jüngeren Leuten.

Es ist immer mehr zu spüren: Die Wehrpflicht lässt sich auf Dauer nicht mehr halten. Vorschläge, sie über Verkürzung der Wehrdienstdauer, die Ausweitung von Bundeswehraufgaben im Inneren oder gar eine allgemeine Dienstpflicht aufrechtzuerhalten, gehen in die Irre.

Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie des Übergangs zur Freiwilligenarmee. Ein freiwilliger flexibler Kurzdienst von zwölf bis 24 Monaten wäre eine wichtige Brücke. Er soll Männern und Frauen offen stehen, attraktiv sein und nach solider Ausbildung einen Auslandseinsatz beinhalten können. In dieser Zeit können sich „Kurzdienster“ und Bundeswehr gegenseitig „erproben“. Der Kurzdienst würde die freiwillig länger Dienenden und schrittweise die Grundwehrdienst Leistenden ersetzen und damit auch die von ihnen geleisteten Funktionen abdecken. Die höhere Effizienz des Kurzdienstes würde ei-

(D)

(A) ne Reduzierung des Gesamtumfangs der Streitkräfte erlauben. Ein solcher Kurzdienst ermöglicht ein sanftes Umsteuern ohne abrupte Brüche. Er muss in ein verbessertes Konzept der Nachwuchsgewinnung, Personalbetreuung und Berufsförderung integriert werden. Der Vorschlag eines Kurzdienstes hat bisher viel Zustimmung erfahren – unter Soldaten, bei Jugendverbänden wie in der Öffentlichkeit. Er könnte schon vor einer Entscheidung über die künftige Wehrform auf den Weg gebracht werden. Angesichts der gegenwärtig guten Bewerberlage ist dafür der Zeitpunkt ausgesprochen günstig.

Der FDP-Antrag beschränkt sich auf die Forderung nach einem freiwilligen flexiblen Kurzdienst, lässt aber die essenziellen flankierenden Forderungen der Grünen außer Acht: Um Risiken zu vermeiden und den Übergang zur Freiwilligenarmee verantwortlich zu gestalten, also eine auch qualitativ ausreichende Nachwuchsge-

winnung und die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft zu gewährleisten, sind ein klarer und begrenzter Bundeswehrauftrag, die Attraktivität des Dienstes, eine gelebte Innere Führung und verantwortbare Einsätze die unverzichtbare Voraussetzung. (C)

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, die Wehrform vor Ende der Legislaturperiode zu überprüfen. Die SPD will hierzu auf ihrem Bundesparteitag im November beschließen. Im Interesse einer tragfähigen und vertrauenswürdigen Transformation der Bundeswehr wäre es aber, wenn zügig und im Laufe dieses Jahres Klarheit in Sachen Wehrform geschaffen würde. Hierbei ist selbstverständlich die SPD unser Partner und nicht die FDP.

...

(B)

(D)